



Vorlage Stadtparlament

vom 16. Oktober 2007 Nr. 3611

Vergnügungssteuern

Aufhebung der Vergnügungssteuer**1 Ausgangslage**

Bis zum Jahre 1990 waren die Gemeinden gemäss kantonalem Steuerrecht verpflichtet, einen Zuschlag von 10 % auf dem Eintrittspreis als Vergnügungsteuer zu erheben. Ab 1991 wurde es den Gemeinden freigestellt, ob sie weiterhin eine Vergnügungssteuer erheben wollten. Die Stimmbürgerschaft der Stadt St.Gallen hat sich in der Folge am 2. Dezember 1990 klar für die Beibehaltung der Vergnügungssteuer ausgesprochen. Mit der Revision des Steuergesetzes vom 1. Januar 1999 wurden die Gemeinden verpflichtet, die Details der Erhebung in einem rechtsetzenden Erlass festzuhalten.

Am 15. Februar 2000 hat das Stadtparlament das Reglement über die Vergnügungssteuer erlassen, mit welchem die kantonalen Bestimmungen über die Vergnügungssteuer ins kommunale Recht überführt wurden. Dieses Reglement unterstand dem fakultativen Referendum. Es wurde nicht ergriffen, so dass neben dem Parlament auch (indirekt) die Bürgerschaft im Jahr 2000 die Vergnügungssteuer nochmals bestätigte. Ausschlaggebend in der Diskussion um die weitere Beibehaltung der Vergnügungssteuer waren damals vor allem finanzpolitische Aspekte, das Argument der Verursacherfinanzierung sowie die fehlende Abgeltung der zentralörtlichen Leistungen. Zu diesem Zeitpunkt wurde seitens des Stadtrats in Aussicht gestellt, dass die Abschaffung der Vergnügungssteuer erwogen werden soll, sobald der neue Finanzausgleich eingeführt und die Stadt St.Gallen für ihre zentralörtlichen Aufgaben entschädigt wird.



Am 20. September 2005 hat das Parlament ein Postulat betreffend Vergnügungssteuer in der Stadt St.Gallen erheblich erklärt. Darin wird der Stadtrat beauftragt, über die Bedeutung der Vergnügungssteuer, ihre Verwendung und insbesondere auf den Zusammenhang mit der Umsetzung des Finanzausgleiches und der NFA zu berichten. In seinem Antrag auf Erheblicherklärung hat der Stadtrat erneut darauf hingewiesen, dass die Abschaffung der Vergnügungssteuer erst nach erfolgreichem Abschluss der Verhandlungen betreffend die Abgeltung zentralörtlicher Leistungen ernsthaft in Erwägung gezogen werden könne. Dannzumal werde auch zu prüfen sein, welche Folgen der aus einer Abschaffung der Vergnügungssteuer resultierende Einnahmenausfall bei den davon profitierenden Veranstaltern haben müsste.

2 Einnahmen aus der Vergnügungssteuer

Die durchschnittlichen Einnahmen aus der Vergnügungssteuer betrugen in den letzten zehn Jahren CHF 2'020'529 pro Jahr. Die nachstehende Übersicht zeigt die Einnahmen der letzten drei Jahre, gegliedert nach den verschiedenen Veranstaltungsarten.

Konto	Veranstaltungsart	2004	2005	2006
251.4060.1	Theater St.Gallen	581'612.05	520'407.65	619'897.40
	Übrige Theater, Filmvorführungen,			
251.4060.2	Konzerte	439'732.05	503'968.85	559'812.85
251.4060.3	Kinobetriebe	438'588.30	313'751.76	351'080.05
251.4060.4	Sportveranstaltungen	157'400.25	245'691.35	253'742.25
251.4060.5	Verschiedene Veranstaltungen	197'890.65	166'779.55	258'914.35
251.4060.6	Messen/Ausstellungen	8'152.75	2'728.50	0.00
251.4060.7	Zirkusse	81'571.45	75'432.30	74'656.45
	Konzerte in Restaurants, Pauschal-			
251.4060.8	steuer	50'742.80	42'616.40	36'511.30
Total		1'955'690.30	1'871'376.36	2'154'614.65

3 Neugestaltung des Finanzausgleichs und Kompensation der Ausfälle

Anlässlich der kantonalen Abstimmung vom 23. September 2007 wurde kantonale Finanzausgleichsgesetz mit einem Ja-Stimmenanteil von 75 % angenommen. Dies hat zur Folge, dass die zentralörtlichen Leistungen der Stadt ab 2008 etwa zur Hälfte abgegolten werden. Damit entfällt mindestens teilweise eines der zentralen Argumente für die Weiterführung der Vergnügungssteuer. Es kommt hinzu, dass durch die gute Konjunkturlage die Einnahmenausfälle im Moment verkraftet werden können. Andererseits finden in der Stadt immer mehr Veranstaltungen statt, welche im Bereich Sicherheit und Sauberkeit zum Teil massive



Kosten nach sich ziehen. Im Interesse einer verursachergerechten Finanzierung und um die Einnahmenausfälle aus der Abschaffung der Vergnügungssteuer teilweise zu kompensieren, sollen deshalb nach Abschaffung der Vergnügungssteuer vermehrt Leistungen, welche von der Stadt im Zusammenhang mit Veranstaltungen erbracht werden, in Rechnung gestellt werden. Dies gilt vor allem für Leistungen, welche die Stadt zu Gunsten öffentlich zugänglicher Veranstaltungen, für welche ein Eintrittsgeld erhoben wird, erbringt. So sollen in Zukunft dem Veranstalter neben den Kosten für Strom, Wasser, usw. auch die für Sicherheitsleistungen aufgewendeten Personalstunden in Rechnung gestellt werden, sofern diese Leistungen ein gewisses Mass übersteigen. Auch die Reinigungskosten sollen vermehrt in Rechnung gestellt werden. Der Stadtrat wird bei der Belastung dieser Kosten neben dem Gebot der rechtsgleichen Behandlung auch das öffentliche Interesse berücksichtigen. In welchem Umfang diese Mehrerträge die Einnahmenausfälle zu kompensieren vermögen, lässt sich heute noch nicht genau beurteilen; aber es ist davon auszugehen, dass dies höchstens etwa 300'000 bis 500'000 Franken sein werden. Dies bedeutet, dass der städtische Haushalt durch die Aufhebung der Vergnügungssteuer netto Mindereinnahmen im Umfang eines Steuerprozentes zu verkraften haben wird.

4 Anträge

Wir beantragen Ihnen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Das Reglement über die Vergnügungssteuer (sRS 821.1) sowie das Reglement über den Vollzug des Vergnügungssteuerreglements (sRS 821.11) werden mit Wirkung ab 1. Januar 2008 aufgehoben.
2. Dieser Beschluss untersteht gemäss Art. 8 Ziff. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.
3. Das Postulat betreffend Vergnügungssteuer wird als erledigt am Protokoll abgeschrieben.

Der Stadtpräsident:
Scheitlin

Im Namen des Stadtrats
Der Stadtschreiber:
Linke

